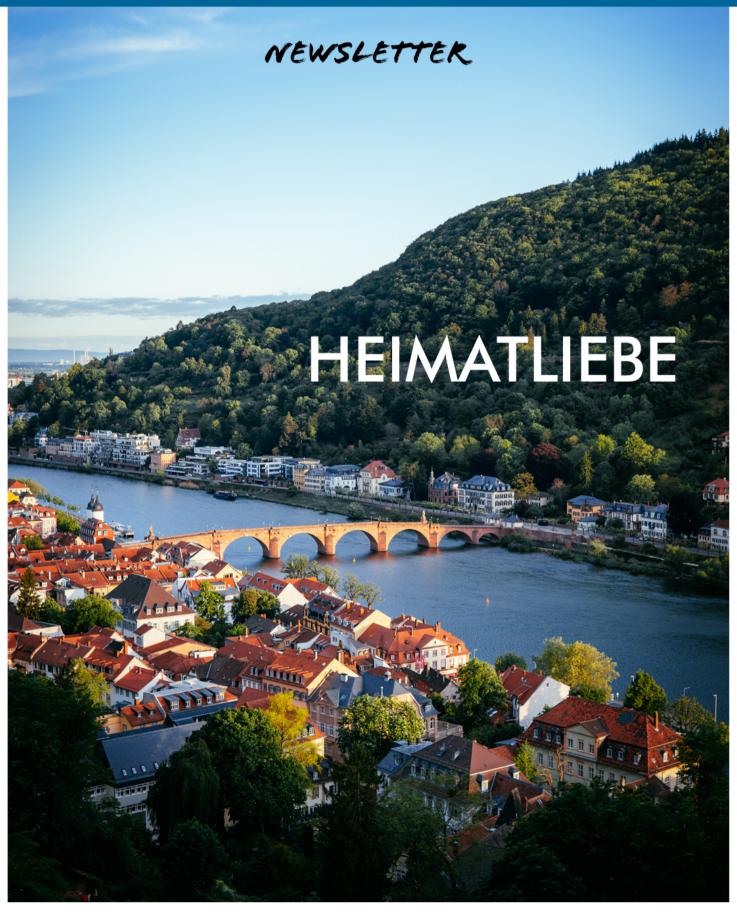
MALTE KAUFMANN

Mitglied des Deutschen Bundestages



VORWORT



10 JAHRE AFD - AUS LIEBE ZU UNSERER HEIMAT!

AM 06. FEBRUAR 2013 WURDE DIE PARTEI "ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND" GEGRÜNDET. BINNEN KÜRZESTER ZEIT ZOG DIE JUNGE PARTEI IN ALLE PARLAMENTE EIN UND FÜLLTE DIE GROSSE REPRÄSENTATIONSLÜCKE, DIE DER WOKE-LINKE-ZEIT-GEIST GESCHAFFEN HATTE.

VON BEGINN AN STAND DIE AFD UNTER MASSIVEM BESCHUSS DURCH DIE ALTEN PARTEIEN, DIE MEDIEN UND SEIT 2019 AUCH DURCH DEN SOGENANNTEN VERFASSUNGSSCHUTZ. ALL DAS HAT UNS NICHT AUFGEHALTEN.

MIT DER AFD GELANG DIE ERFOLGKEICHSTE PARTEINEUGRÜNDUNG IN DER GESCHICHTE DER BUNDESKEPUBLIK DEUTSCHLAND.

ICH MÖCHTE MICH AUF DIESEM WEGE GANZ HERZLICH BEI ALLEN MITGLIEDERN, WÄHLERN UND UNTERSTÜTZERN BEDANKEN!

HEIMATLIEBE

INHALT



S. 3 WIRTSCHAFT

Handelsabkommen ohne ideologische Agenda Eine EU-Antwort auf das US-Inflationsgesetz

S. 5 HEIMATSCHUTZ

Zu Heimatschutz gehört der Schutz unserer Bahnhöfe

S. 7 RECHERCHE

Corona: Der Einfluss der Laborlobby

S. 9 ZUHAUSE

Wiederwahl zum Sprecher der AfD Heidelberg Besuch von Petr Bystron MdB

S. 10 UNTERWEGS

60 Jahre Élysée-Vertrag Kamerun und Benin

SOCIAL MEDIA

HEIMATLIEBE

WIRTSCHAFT



HANDELSABKOMMEN OHNE IDEOLOGISCHE AGENDA

Mit dem Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Staaten des MERCOSUR – Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay – soll bald die weltweit größte Freihandelszone mit über 770 Mio Einwohnern (EU 512 Mio / MERCOSUR 260 Mio) entstehen.



Wenn man solche Handelsabkommen klug ausgestaltet, können sie für alle Beteiligten zur Erhöhung des Wohlstandes beitragen. Ein Abkommen, das dieses Ziel vor Augen hätte, würde selbstverständlich auch bei unserer Bürgerpartei AfD auf breite Unterstützung treffen. Die derzeit ausgehandelten

Freihandelsabkommen haben mittlerweile jedoch viel mehr mit links-grünem Gedankengut zu tun als der normale Bürger ahnt.

Wir möchten weder zum Steigbügelhalter von sogenannter "Grüner Transformation" werden, noch die sogenannte "Feministische Außenpolitik" oder Ihre "Gender-Ideologie" weltweit implementieren!



WIRTSCHAFT



EINE EU-ANTWORT AUF DAS US-INFLATIONSGESETZ

Seitdem die USA das Inflationsbekämpfungsgesetz auf den Weg gebracht haben, befürchten die Regierungen in Europa Nachteile für europäische Unternehmen. Seit Monaten wird darüber beraten, wie man dem US-Gesetz begegnen kann.

Die US-Regierung stärkt nun mit ihrem Inflationsbekämpfungsgesetz die eigene Wirtschaft. "America first" lautet dort die Divise. Und hier in Deutschland hat man manchmal den Eindruck, das Motto heisst "Germany last". Hier verkünden links-grüne Ideologen stolz die weitere Erhöhung der Energiekosten, insbesondere durch die absurde CO2-Steuer und das Lieferkettengesetz.

Dementsprechend nimmt der Exodus aus Deutschland Fahrt auf. Und das betrifft keineswegs nur Großkonzerne wie die BASF. Am Standort Ludwigshafen bangen nun 39.000 Menschen um ihren Arbeitsplatz. Nein, das ist zunehmend auch ein Thema für den Mittelstand.

Hoffentlich wird die Ampel bald durch die Wähler abgeschaltet, bevor sie noch mehr Schaden anrichten kann.

DEUTSCHLANDZUERST

HEIMATSCHUTZ



ZU HEIMATSCHUTZ GEHÖRT DER SCHUTZ UNSERER BAHNHÖFE

Unter der Ampel-Regierung gerät Vandalismus und Sachbeschädigung an deutschen Bahnhöfen außer Kontrolle

Aus der Antwort der Bundesregierung (20/5081) auf die Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Malte Kaufmann geht hervor, dass in Baden-Württemberg in den Monaten Januar bis Oktober vergangenen Jahres 2.261 Sachbeschädigungen (i.S.v. § 303 Abs. 1 sowie § 303 Abs. 2 StGB) in Bahnhöfen und 118 an oder in Zügen registriert wurden.

Der Gesamtschaden erreicht dabei Millionenhöhe.

Die Aufklärungsquote bei registrierten strafrechtlich relevanten Handlungen in Bezug auf Sachbeschädigung in Bahnhöfen erreichte im Jahr 2021 gerade mal 3,2 Prozent und im Jahr 2022 mit 2,5 Prozent noch weniger.

Wir wollen das ändern! Gemeinsam sorgen wir dafür, dass unsere Heimat für unsere künftigen Generationen sicher, geschützt und gepflegt bleibt.

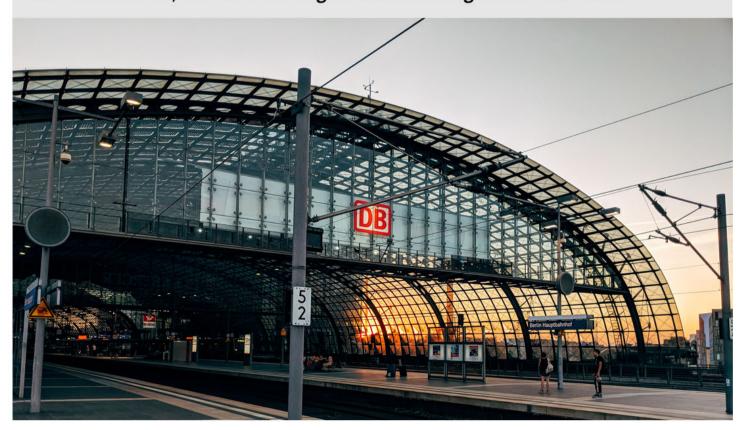
HEIMATSCHUTZ



Dass die Bundesregierung bei diesen statistischen Erkenntnissen die von ihr durchgeführten Präventionsmaßnahmen als 'wirksam' und zum Teil 'hoch wirksam' einstuft, ist realitätsfremd. Solange die Identität der Tatverdächtigen weitgehend unaufgeklärt bleibt, kann diese Art der Kriminalität nicht effektiv bekämpft werden. Es muss geklärt werden, welche Tätergruppen hier agieren und so können entsprechende zielgerichtete Maßnahmen durchgeführt werden.

Außerdem muss das Strafmaß für diesen Straftatbestand deutlich erhöht werden, damit dieses abschreckend wirkt.

Die Kriminalität jeglicher Form muss bekämpft und die Sicherheit in Bahnhöfen, an und in Zügen wiederhergestellt werden.



RECHERCHE



CORONA: DER EINFLUSS DER LABORLOBBY

Die "Corona-Pandemie" kam uns teuer zu stehen. Über 6 Milliarden Euro haben Staat und Krankenkassen allein für PCR-Tests ausgegeben. Medienberichte legen nun nahe, dass der Großteil davon dem Steuerzahler hätte erspart werden können. Hat man aber nicht. Warum?

Am 30.01.20 schickten die Vertreter der Ärzteschaft, die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV), eine E-Mail an die Kranken-



kassen, in der sich vorschlugen, die Kosten für einen PCR-Test auf 59 Euro festzulegen. Dieser Preis war enorm, denn PCR-Tests für Influenza- oder RS-Viren werden normalerweise mit 19,90 Euro vergütet.

Die Ärztevertreter der KBV präsentierten eine Kostenrechnung, allerdings fand sich in den Unterlagen keine Aufschlüsselung für die Kalkulation, auch lieferten sie keine Belege auf Nachfrage. Die Ärztevertreter teilten lediglich mit, dass "erhebliche Marktengpässe bei Reagenzien und Materialien auftraten, die zu einem langfristigen hohen Preisniveau maßgeblich beigetragen haben."

RECHERCHE



Nach Angaben des Robert-Koch-Instituts hatten zu dieser Zeit gerade einmal 30 von 170 Laboren über Knappheit geklagt. Das kann also nicht der Grund für die hohen Kosten gewesen sein.

Das Gesundheitsministerium unter Jens Spahn (CDU) machte trotzdem Druck, den hohen Preis von 59 Euro zu akzeptieren. Wohlgemerkt finden sich auch in den Ministeriumsunterlagen keine Kostenkalkulation und keine Beauftragung von Sachverständigen. Entsprechende Nachfragen beantwortete das Ministerium nicht.

Die Krankenkassen forderten daraufhin eine Absenkung der Vergütung auf 23 Euro. Weil sich Ärzevertreter und Kassen nicht einigen konnten, entschied Jürgen Wasem, der unparteiische Vorsitzende des Erweiterten Bewertungsausschusses, dass die Kassen ab dem 01.07.20 für einen PCR-Test 39,40 Euro an die Labore zahlen müssen - immer noch doppelt so viel wie für vergleichbare PCR-Labortests. Der Vorsitzende selbst sowie der Geschäftsführer des Gremiums gaben nicht an, dass nun wenigstens sie die Kosten überprüften. Ein Kompromiss ohne faktische Kostenaufstellung.

Wie lukrativ das PCR-Geschäft für die Labore war, sieht man z.B. am Laborkonzern Sonic Healthcare. Seine Gewinne explodierten förmlich - von 82 auf 274 Millionen Euro. Dank der freundlichen Unterstützung des Gesundheitsministeriums unter Spahn.

ZUHAUSE



WIEDERWAHL ZUM SPRECHER DER AFD HEIDELBERG

Am 28.01.23 wurde Dr. Malte Kaufmann zum Sprecher der AfD Heidelberg wiedergewählt. Stellvertreter sind Stadtrat Timethy Bartesch und Alice Blanck.

Herzlichen Dank für das Vertrauen Ich freue mich auf die 2 vor uns liegenden Jahre Vorstandsarbeit.



BESUCH VON PETR BYSTRON MDB

Am 17.02.23 besuchte der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Petr Bystron MdB unsere AfD Heidelberg bei voll be-



setztem Saal und las aus seinem Buch "Make Europe Great Again".

Definitive Leseempfehlung!



UNTERWEGS



60 JAHRE ÉLISÉE-VERTRAG

Am 22.01.2023 trafen sich Abgeordnete aus Deutschland und Frankreich in Paris anlässlich 60 Jahre Élysée-Vertrag. Die AfD war

mit vor Ort. Unseren Kollegen des Rassemblement National gefiel die überragende Rede meines Kollegen Norbert Kleinwächter MdB, der die Gefahren eines europäischen Superstaates darlegte und damit die grünen und linken Utopen zum toben brachte.



Ein erfolgreicher Tag für die deutsch-französische Freundschaft!

DELEGATIONSREISEN KAMERUN UND BENIN

Seit 2000 hat Deutschland 51 Ländern Schulden in Höhe von 15.761.720.000 Euro erlassen. Das geht aus der Antwort auf eine

parlamentarische Anfrage der AfD-Fraktion an das Finanzministerium hervor. Kamerun wurde sage und schreibe 1.426,75 Mio erlassen, Benin 2,85 Mio. Deutschland kann nicht nur schenken, wir müssen auch auf uns schauen!



FOLGEN SIE MIR AUF SOCIAL MEDIA



- twitter.com/MalteKaufmann
- facebook.com/kaufmannmalte
- instagram.com/malte.kaufmann
- te.me/maltekaufmann
- tiktok.com/malte.kaufmann
- in inkedin.com/maltekaufmann
- youtube.com/maltekaufmann

ABBONIEREN SIE MEINEN NEWSLETTER malte.kaufmann@bundestag.de

